

„KEINE AKUTE

Die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität Österreichs und der verhältnismäßig weit gediehene Integrationsprozess waren auch im Jahr 2004 Faktoren, die ein Anwachsen von innerstaatlichen Extremismen und Terrorismus in Österreich entgegenwirkten. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht 2005 hervor.

Nach der derzeitigen Erkenntnislage gehen wir davon aus, dass Österreich nach wie vor keiner akuten terroristischen Bedrohung ausgesetzt ist. Der diesjährige Verfassungsschutzbericht zeigt jedoch die Risikopotenziale auch in Österreich auf“, sagt Dr. Gert Rene Polli, Direktor des *Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT)*.

Von der rechtsextremen österreichischen Szene geht nach wie vor keine ernsthafte Bedrohung des demokratischen Systems und der innerstaatlichen Sicherheit aus. „Es kann festgehalten werden, dass die von den Sicherheitsbehörden gesetzten konsequenten Repressionsmaßnahmen und gezielten Präventionsmaßnahmen in weiten Bereichen den erwarteten Erfolg gebracht haben“, erläutert Polli. „Ein nicht unerhebliches Sicherheitsrisiko geht aber nach wie vor von der Skinheadszene aus, die sich vorwiegend durch spontane Gewaltentladungen und provokantes Auftreten unter Alkoholeinfluss äußert.“

Im Jahr 2004 kam es zu einem deutlichen Rückgang der Aktivitäten innerhalb der linksextremen österreichischen Szene. „Auch die Zahl der politisch motivierten strafbaren Handlungen, die diesem Lager zugeordnet werden konnten, haben eine deutlich rückläufige Tendenz gezeigt“, betont der BVT-Direktor.

Terrorismus. Spätestens die folgenschweren Terroranschläge in Madrid am 11. März 2004 und in London im Juli 2005 waren der Beweis dafür, dass



Terroranschlag in London: Europa ist nicht nur logistisches Zentrum für terroristische Vor

Europa nicht nur logistisches Zentrum für terroristische Vorbereitungstätigkeiten, sondern selbst zum Ziel des transnationalen Terrorismus geworden ist.

„Das Schwergewicht der Tätigkeit und der Ressourcen des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung lastete im Berichtszeit-

raum 2004 auf dem Bereich der Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus sowie in der verstärkten Aufklärung aller dazu gehörigen inner- und außereuropäischen Phänomene im Bereich des Extremismus“, erklärt Polli. „Die tragischen Ereignisse in Madrid führten auf internationaler Ebene zu ei-

FOTO: CONTRAST

BEDROHUNG“



gstätigkeiten, sondern selbst zum Ziel des transnationalen Terrorismus geworden.

nem noch engeren Zusammenrücken im Bereich des Informationsaustausches und es hat sich die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Strategie bei der Terrorismusbekämpfung gezeigt“.

Die Festnahmen in Europa haben eine steigende Zahl an Terrorverdächtigen ohne Vorgeschichte als Mudjahedin

ans Tageslicht gebracht. Junge Männer, oftmals eingebürgert oder bereits der zweiten oder dritten Generation zugehörig, werden, ohne zuvor als Kämpfer in Afghanistan, Bosnien, Tschetschenien oder im Irak tätig gewesen zu sein, von den Sicherheitsbehörden vermehrt im Zusammenhang mit terroristi-

schen Vorbereitungshandlungen identifiziert. Sie radikalisierten sich im Umfeld von Moscheen und entwickelten ein wachsendes Interesse für den Jihad. Direkte Kontakte zur Al Qaida sind für diese jungen Leute nicht Voraussetzung für ihr Handeln. Vielmehr planen und agieren sie im Geiste der Al Qaida. „Diese Erfahrungen haben uns gezeigt, dass die Bedrohung durch islamistische Gewalttaten vielschichtig ist.

Während Sicherheitsexperten in den vergangenen Jahren die terroristische Bedrohung primär unter nach Europa einsickernden Al Qaida-Mitgliedern und Mudjahedin suchten, hat sich nunmehr eine Art europäischer islamischer Terrorismus entwickelt. Dadurch hat sich das terroristische Gefährdungspotenzial für Europa substanziell verändert,“ erläutert Polli.

Laut Verfassungsschutzbericht haben sich im Jahr 2004 die Prognosen des Vorjahres im Wesentlichen bestätigt. International und generell in Europa war eine Fortsetzung der Tendenzen zu verzeichnen. Dies waren die Hinwendung einer wachsenden Zahl von Muslimen zu Formen eines islamischen Fundamentalismus unterschiedlichen Ausmaßes, und das vermehrte Abgleiten von islamischen Extremisten in die Gewaltbereitschaft und den terroristischen Jihadismus.

„Diese Entwicklungen sind in abgeschwächter Form ebenfalls auf dem Bundesgebiet zu beobachten. Auch in der heimischen islamistischen Szene ist eine verstärkte Zuwendung zu Formen des islamischen Fundamentalismus unterschiedlichen Ausmaßes zu beobachten. Vereinzelt werden auch jihadistische Tendenzen festgestellt. Dieser Personenkreis pflegt rege internationale Kontakte, weist konspirative Verhaltensmuster auf und ist bestrebt unauffällig zu agieren“ erklärt Polli. „Das BVT arbeitet mit einer dreistufigen Strategie. Sie besteht erstens aus Informationsbeschaffung, zweitens aus der Ausschöpfung aller rechtlichen und administrativen Möglichkeiten und drittens aus dem Dialog mit den relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es hat sich gezeigt, dass die Integration der muslimischen Bewohner in Europa eine ab-

solute Notwendigkeit ist und das stärkste Präventivmoment im Kampf gegen den internationalen Terrorismus darstellt.“

Terrorismusfinanzierung. Im Jahr 2004 wurde in Österreich in 14 Fällen wegen des Verdachts der Terrorismusfinanzierung ermittelt. Das waren um sechs Fälle mehr als 2003. Die Ermittlungen richteten sich wie im Vorjahr sowohl gegen einzelne Personen als auch gegen Organisationen, wobei ein ausländisches Unternehmen und zwei österreichische Vereine betroffen waren. In keinem der Fälle konnten konkrete Beweise erbracht werden; der Verdacht konnte im Zuge der Ermittlungen bisher nicht erhärtet werden.

Im Wesentlichen betrafen die Ermittlungen Personen und Organisationen, die auf den internationalen „Terrorlisten“ aufscheinen, insbesondere den Listen in den Anhängen zu den EU-Verordnungen 2580/2001 und 881/2002. Meist handelte es sich um Personen und Organisationen, deren Namen ähnlich lauteten, wie solche auf den Listen. Mehrere der Fälle wurden von Banken aufgrund eines Verdachts im Zusammenhang mit der erhöhten Sorgfaltspflicht gemeldet.

Im Einzelnen betrafen die Ermittlungen Beträge bis zu 50 Millionen US-Dollar. Wenngleich die Durchführung einzelner Transaktionen vorübergehend verzögert wurde, wurden im Berichtszeitraum keine Gelder eingefroren.

Rechtsextremismus. Der organisierte und nicht organisierte Rechtsextremismus stellt nach wie vor keine Gefahr für die Stabilität und Sicherheit des demokratischen Systems Österreichs dar. Wie in den vergangenen Jahren war der Rechtsextremismus in Österreich im Jahr 2004 von den Agitationen des



BVT-Direktor Gert Rene Polli: „Das Hauptaugenmerk der Arbeit des Amtes wird weiterhin die Verhinderung des politisch motivierten Extremismus sein.“

ideologisierten, rechtsextremistisch-revisionistischen Milieus und von Aktivitäten der Skinheadszene geprägt.

Die vorwiegend in losen, unstrukturierten und autonomen Personenverbindungen agierenden Skinheads sind wie in den Vorjahren die gewaltbereiteste Ebene. Eine Reihe einschlägiger Veranstaltungen wurde von den Sicherheitsbehörden untersagt; durch einen behördlich kontrollierten Ablauf von Veranstaltungen wurden Ausschreitungen verhindert.

„Es liegt im ausdrücklichen Interesse des Bundesministeriums für Inneres und der nachgeordneten Sicherheitsbehörden, Zusammenkünfte von Personen- und Musikgruppen zu verhindern, bei denen rechtsextreme Ideologien und Liedtexte mit demokratie- und jugendgefährdenden neonazistischen und ras-

sistischen Inhalten verbreitet werden“, stellt Polli fest. „Dieses Bemühen wird aber zunehmend dadurch erschwert, dass die Veranstaltungsplanung aufgrund des erhöhten Verfolgungsdrucks der letzten Jahre zunehmend verschleiert und konspirativ erfolgt.“

Im Mai 2005 verteilten die Sicherheitsbehörden einen Informationsfolder, der sich insbesondere an potenzielle Vermieter von Örtlichkeiten für rechtsextreme Skinheadveranstaltungen richtet. Dieser soll die Hintergründe und Gefahren der rechtsextremen Skinheadmusik aufzeigen, Erkennungsmerkmale bei Anmietungsversuchen der Szene verdeutlichen und die Bevölkerung sensibilisieren.

Im Jahr 2004 wurden insgesamt 229 rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Tathandlungen bekannt. Im Jahr davor waren es noch 299 Tathandlungen. 93 Delikte (41 %) konnten aufgeklärt werden.

Linksextremismus. Das Jahr 2004 brachte einen Rückgang der Aktivitäten innerhalb der linksextremen Szene in Österreich. Zurückzuführen war dies einerseits auf die Abschwächung der Protestbewegung bzw. die Übernahme der Führerschaft durch moderate Gruppen in Bezug auf den Themenkreis Irakkrise und andererseits auf die mangelnde Mobilisierungskraft radikaler Linksruppen. Die Zahl der politisch motivierten strafbaren Handlungen, die dem linksextremistischen Lager auf Grund von Bekennung, Begehungsweise oder der Ziele zugeordnet wurden, ging 2004 wie in den vorangegangenen Jahren zurück.

Die seit Jahren bestehende Kluft zwischen den Vertretern der marxistisch-leninistischen und der anarchistisch-autonomen Gruppen wurde auch 2004 nicht überwunden. Selbst die Pro-

ISLAM

Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich

Österreich gilt europaweit unter den muslimischen Gemeinden als Vorzeigemodell einer Integration der muslimischen Mitbürger. Österreich hat den Islam bereits 1912 als Religionsgemeinschaft anerkannt.

In Österreich ist über Generationen an der Integration und an dem Erhalt des gesellschaftlichen Friedens gearbeitet worden. Das hat sich im europäischen Vergleich bewährt. In anderen

europäischen Ländern wurden diese Maßnahmen nicht rechtzeitig eingeleitet, dadurch ist der islamistische Extremismus gestärkt worden.

Seit 1979 ist die „Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich“ für die religiösen Belange der Muslime zuständig.

In der Schlussklärung der österreichischen Imame-Konferenz im April 2005 wurde das „Festhalten an verfassungsrechtlichen Prinzipien“ betont, die Muslime wurden zur Integration und gesellschaftlichen Partizipation

aufgerufen, Parallelgesellschaften und Isolation wurden abgelehnt sowie Extremismus und Terrorismus verurteilt.

„Das Bundesministerium für Inneres bekennt sich zur Integration der muslimischen Bevölkerung in Österreich in vorhandene politische und gesellschaftliche Strukturen und unterstützt diesen Integrationsprozess“, betont BVT-Direktor Dr. Gert Rene Polli. „Es gilt gemeinsam der Intoleranz und dem Entstehen von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken, um ein Wegweiser des Friedens und ein Vorbild für Europa zu sein.“

blematik rund um den drohenden Verlust des Ernst-Kirchweyer-Hauses (EKH), das über den anarchistisch-autonomen Bereich hinaus Symbolcharakter für die gesamte Szene besitzt, führte zu keiner nachhaltigen Solidarisierung.

Militanter Tierschutz. Gegenüber 2003 wurde im Jahr 2004 ein starker Rückgang der einschlägigen Gerichtsdelikte festgestellt. Die 2004 bekannt gewordenen 24 Taten (2003: 37) umfassten vor allem Sachbeschädigungen und Schmieraktionen. Die Gesamtschadenssumme betrug rund 31.000 Euro (2003: 67.000 Euro). Die verstärkte internationale Zusammenarbeit mit ausländischen Gruppen war auch 2004 ein bestimmendes Element, das sich vor allem auf Solidaritätsaktivitäten beschränkte und zu keinen strafbaren Handlungen von österreichischen Aktivist*innen im Ausland führte.

Nachrichtendienst und Spionageabwehr. Der Standort Österreich war auch 2004 ein begehrter Kommunikations- und Aktionsraum der Nachrichten- und Sicherheitsdienste fremder Staaten. Auffällig war das Interesse an politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der EU, auch militärischer Natur. „Auch wenn nachrichtendienstliche Aktivitäten gegen andere europäische Staaten von österreichischem Territorium ausgehen und sich nicht direkt gegen Österreich richteten, können durch Spionage vitale Interessen Österreichs verletzt werden“, erklärt Polli.

Die auch im Jahr 2004 niedrige gerichtliche Verwertbarkeit von nachrichtendienstlichen Aktivitäten resultiert primär aus den grundsätzlich schwierigen, personalintensiven und langwierigen Ab- und Aufklärungsmöglichkeiten der zumeist professionell und konspirativ angelegten Spionagenetze.

Die vor geraumer Zeit erfolgte schwerpunktmäßige BVT-interne Ressourcenverlagerung zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bedeutet für die Spionageabwehr eine Änderung der operativen Einsatztaktik. Nachrichtendienstliche Operationen werden daher vom BVT frühzeitig unterbunden.

Das BVT war 2004 in fast 80 Fällen mit Erstverdachtshinweisen auf nachrichtendienstliche Aktivitäten und damit zusammenhängende kriminelle Entwicklungen in bzw. gegen Österreich konfrontiert. In einigen Fällen sind Ermittlungen noch im Gange.



FOTOS: ARCHIV, CONTRAST

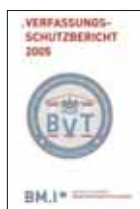


Terroranschlag am 11. März 2004 in Madrid: Notwendig ist eine gesamteuropäische Strategie bei der Terrorismusbekämpfung.

Proliferation. Präventivmaßnahmen zur Verhinderung von Proliferation wurden auf nationaler und internationa-

ler Ebene forciert. Dabei wird auf eine Effizienzsteigerung durch intensivere Kooperationen im Bereich der In- und Exportkontrolle proliferationsrelevanter Güter, der Sensibilisierung gefährdeter Wirtschaftstreibender und auf die gemeinsame Bewältigung von atomaren, biologischen und/oder chemischen Katastrophenszenarien gesetzt. International nahm im Jahr 2004 das Phänomen einer möglichen ABC-Bedrohung durch nichtstaatliche Akteure einen besonderen Stellenwert ein.

BERICHT



Der Verfassungsschutzbericht 2005 dokumentiert die Arbeit des *Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT)* unter Wahrung

der Balance zwischen öffentlicher Information und Daten- bzw. Quellenschutz. Er informiert über nachrichtendienstliche Erkenntnisse im Staatsschutz und beschreibt potenzielle Gefährdungsquellen und Tendenzen, die die Grundlage für die Entwicklung von Abwehr- bzw. Bekämpfungsstrategien durch die Sicherheitsbehörden bilden. Der Verfassungsschutzbericht versteht sich auch als Ausgangspunkt für die Konzeption kurz- und längerfristiger politischer Strategien, um entstehenden gesellschaftspolitischen Konfliktpotenzialen frühzeitig durch Präventionsmaßnahmen zu begegnen.

Personen- und Objektschutz. Die Zahl der Besuche ausländischer Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nahm 2004 in Österreich weiter zu. Insbesondere durch der EU-Erweiterung ist eine Intensivierung der Besuchsdiplomatie zu verzeichnen.

Im internationalen Kampf gegen den Terrorismus gewinnt innerhalb der Europäischen Union auch der Schutz kritischer Infrastrukturen an Bedeutung. Wichtige private Infrastruktureinrichtungen wie Kraftwerke, Telekommunikations- oder Transporteinrichtungen sollen vor möglichen Terrorangriffen geschützt werden.

Verfassungsschutzbericht 2005 im Internet: <http://www.bmi.gv.at> (unter „Publikationen“)